

Dringliche Motion Fraktion SVP (Karin Hess-Meyer/Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Gemeinwesenarbeit: Synergien nutzen – keine doppelspurigen Leistungen!

Die Quartierarbeit, insbesondere die Menschen die ehrenamtlich arbeiten, leisten in unserer Gesellschaft einen grossen Dienst. Durch ihren freiwilligen Einsatz kann so manches Projekt umgesetzt werden ohne die Steuerzahlenden Mitmenschen zu belasten. Die Quartierarbeit findet direkt in der Gemeinde, also vor Ort statt. Gemeinsam mit den Quartierbewohnern können sie lokales Wissen einbringen und so manche Probleme vor Ort lösen. Der traditionelle Dienst am Nächsten hat in unseren Breitengraden immer noch einen hohen Stellenwert. Diesem sollte gebührend Achtung und Respekt entgegengebracht werden.

Durch den Fehlbetrag von rund 2 Millionen Franken jährlich können zukünftig viele Leistungen aber nicht mehr erbracht werden. Darunter leiden konsequenterweise wir Bürgerinnen und Bürger. Denn die Motivation der freiwilligen Helferinnen und Helfer nimmt durch ein solch einschneidendes Sparpaket drastisch ab.

Wenigstens ist sich der Gemeinderat bewusst, dass eine solch grosse Kürzung in der Gemeinwesenarbeit vielschichtige Veränderungen mit sich bringt. Er ist sich auch bewusst, dass er die betroffenen Organisationen für die konkrete Ausgestaltung der Sparmassnahmen mit einbeziehen muss. Denn die Quartierbewohner wehren sich und das ist verständlich. Der Spardruck der vom Kanton her kommt, kann die Stadt nicht einfach auf die Quartiere abwälzen. Will Bern weiter wachsen braucht es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Quartieren und der Stadt.

Trotzdem muss die Stadt Bern sparen. Aus diesem Grund ist sie gezwungen mit ihren Ressourcen haushälterisch umzugehen. Es ist unseres Erachtens nicht Aufgabe der Quartierorganisationen Schlichtungen in Mietsachen durchzuführen; hierfür sind die im OR vorgesehenen Schlichtungsstellen vorgesehen. Auch können sich die Verbänden angeschlossenen Personen an den Mietverband respektive Hauseigentümerverband wenden.

Das Angebot der Gemeinwesenarbeit muss deshalb hinterfragt und auf die heutigen Bedürfnisse und Kapazitäten neu ausgerichtet werden.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Vorgängige Abklärungen welche doppelspurige Leistungen zwischen den Verwaltungsinstanzen einerseits und andererseits Quartierkommissionen, Quartierzentren, Quartiereinrichtungen bestehen (Zum Beispiel: Schlichtungsverhandlungen in Mietsachen)
2. Abbau festgestellter doppelspuriger Leistungen
3. Personelle Optimierungsmöglichkeiten sind so umzusetzen, dass in der Verwaltung Stellen zu Gunsten der Quartiere gespart werden und die Quartierleistungen wann immer möglich durch Ehrenamtliche erfüllt werden
4. Sparvorschläge seitens der betroffenen Quartiere, Quartierkommissionen, VBG, Quartierzentren etc. sind einzuholen
5. Aufgabenbeschriebe mit Regelung der Kompetenzen und Verantwortungen sind auszuarbeiten und als konkrete Leistungsaufträge offen auszuschreiben.
6. Vorschläge seitens des Gemeinderats wie die Quartierarbeit in der Zukunft aussehen soll, sind dem Stadtrat transparent zu unterbreiten.

Begründung der Dringlichkeit

Um über die Beiträge an die Gemeinwesenarbeit im Rahmen des PGB 2014 seriös zu prüfen und fundiert darüber zu entscheiden, müssen die obengenannten Forderungen dem Stadtrat vorher beantwortet vorliegen.

Bern, 04. April 2013

Erstunterzeichnende: Karin Hess-Meyer, Alexander Feuz, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Peter Bernasconi, Manfred Blaser, Simon Glauser, Kurt Rügsegger, Judith Renner-Bach, Philip Kohli, Martin Schneider, Kurt Hirsbrunner, Urs Ziehli, Martin Mäder, Isabelle Heer, Pascal Rub, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Daniel Imthurn